

Stellungnahme  
zu den Planungen des Landes Rheinland-Pfalz  
zur Gründung eines neuen Standortes  
der Fachhochschule Rheinland-Pfalz  
in Birkenfeld

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	2
A. Ausgangslage	3
I. Fortschreibung der Ausbauplanungen des Landes Rheinland-Pfalz im Fachhochschulbereich	3
II. Planungen für die Gründung einer Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld	7
1. Grundzüge der Ausbauplanung	7
2. Studiengangsplanungen	9
2.1. Konzeptionelle Besonderheiten	9
2.2. Studiengänge und Studienschwerpunkte	13
3. Räumliche und personelle Ausstattung	23
B. Stellungnahme	25
I. Zur Fortschreibung der Ausbauplanungen des Landes Rheinland-Pfalz im Fachhochschulbereich	25
II. Zu den Planungen für die Gründung einer Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld	26
1. Zu den Grundzügen der Ausbauplanung	26
2. Zu den Studiengangsplanungen	28
2.1 Zu den konzeptionellen Besonderheiten	28
2.2 Zu den Studiengängen und Studienschwerpunkten	32
3. Zur räumlichen und personellen Ausstattung	36
C. Zusammenfassende Stellungnahme	38

### Vorbemerkung

Mit den Anmeldungen zum 23. Rahmenplan für den Hochschulbau hat das Land Rheinland-Pfalz um Begutachtung der Planungen für den Aufbau von drei neuen Standorten der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Zweibrücken, Birkenfeld sowie Bad Neuenahr/Ahrweiler gebeten. Der Wissenschaftsrat hat im Juli 1994 eine Stellungnahme zu Zweibrücken verabschiedet.<sup>1)</sup> Die Planungen für eine Neugründung im Bereich Ahrweiler, die im Rahmen der strukturellen Ausgleichsmaßnahmen des Bundes für die von der Verlagerung des Parlaments und des Regierungssitzes nach Berlin betroffene Region Bonn finanziert werden soll, gehen nunmehr von Remagen/Sinzig als Standorten aus. Hierzu liegen noch keine weiteren Unterlagen vor, so daß sich der Wissenschaftsrat eine Stellungnahme für einen späteren Zeitpunkt vorbehält.

Das Land Rheinland-Pfalz hat im Januar 1994 erste Unterlagen zum Standort Birkenfeld vorgelegt. Auf der Grundlage von überarbeiteten Unterlagen hat die Arbeitsgruppe "Fachhochschulgründungen" die Beratungen mit dem Land und mit Vertretern der Fachhochschule aufgenommen und Birkenfeld am 28. September 1994 besucht.

Der Arbeitsgruppe gehören auch Sachverständige an, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 19.5.1995 verabschiedet.

---

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den Planungen des Landes Rheinland-Pfalz für die Gründung eines neuen Standorts der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Zweibrücken, Berlin 1994 (Drs. 1646/94).

## A. Ausgangslage

### I. Fortschreibung der Ausbauplanungen des Landes Rheinland-Pfalz im Fachhochschulbereich

Entstehung, Entwicklung und Struktur der Fachhochschule Rheinland-Pfalz wurden im Zusammenhang mit der Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den Planungen des Landes für die Gründung eines neuen Standortes der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Zweibrücken ausführlich dargestellt.<sup>2)</sup> Die Gründung zum Wintersemester 1994/95 wird in die Fortschreibung der kapazitären und fachlichen Entwicklung der Fachhochschule einbezogen:

---

<sup>2)</sup> A.a.O., S. 3-6.

Die Abteilungen der Fachhochschule Rheinland-Pfalz: Studienplatzkapazitäten und Fachbereiche

	Koblenz	Trier	Kaisers- lautern	Bingen	Mainz I II	Worms	Ludwigs- hafen	Zwei- brücken	Summe
Studienplätze	1.800	2.300	1.700	1.300	1.700	1.600	600	200	11.200
Studienplatzziel- zahl	2.500	2.800	2.300	2.100	2.500	2.000	1.000	1.300	16.500
<b>Fachbereiche:</b>									
Architektur	X	X	X		X				
Bauingenieurw.	X	X	X		X				
Betriebswirtsch.	I, II	III, IV			I-IV	V-VIII	I-IV	IX, X	
Design		Mode			Schmuck				
Elektrotechnik	X	X	X	X					
Ernährungs- u. Haushaltstechn.		X							
Informatik						X			
Innenarchitekt.		X	X		X				
Keramik	X				X				
Kommun.-Design		X							
Landbau				X					
Maschinenbau	X	X	X	X					
Physikal. Technik								X	
Sozialarbeit	X								
Sozialpädagogik	X								
Technische BWL								X	
Textiltechnik			X						
Umweltschutz				X					
Verfahrenstechn.				X					
Vermessungswesen					X				
Versorgungstechn.		X							
Wirtschaftsin- formatik								X	
Wirtschaftsrecht						X			

1. I=Betriebswirtschaft; II=Management/Rechnungswesen; III=Marketing/Personal/Ausbildung; IV=Organisation/-  
Datenverarbeitung/Informatik/Krankenhauswesen; V=Außenhandel/Außenwirtschaft; VI=Handel; VII=Steuerwesen;  
VIII=Touristik; IX=Finanzdienstleistungen; X=Mittelstandsökonomie;

Neben diesen für die bestehenden Standorte vorgesehenen Kapazitätserweiterungen plant das Land den Aufbau von zwei weiteren Fachhochschulstandorten im Landkreis Birkenfeld (mit 1.100 flächenbezogenen Studienplätzen) und im Landkreis Ahrweiler (mit 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen). Bis zum Jahr 2002 soll das Ausbauziel an beiden Standorten erreicht sein. Insgesamt plant Rheinland-Pfalz, rund 18.600 flächenbezogene Studienplätze an Fachhochschulen bereitzustellen, so daß der Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen an der Gesamtzahl der Studienanfänger von jetzt 37% auf über 40% ansteigen würde. Er könnte nach Auffassung des Landes bereits heute wesentlich höher liegen, wenn der Zugang zu 90% aller Studiengänge nicht durch Numerus clausus beschränkt werden müßte.

Gegenwärtig stehen rund 11.240 flächenbezogene Studienplätze zur Verfügung, davon rund 1.300 auf angemieteten Flächen. Daraus ergibt sich eine Raumauslastung von rund 180% gemessen an der Zahl der Studierenden, und rund 140% bezogen auf die Zahl der Studienanfänger bei einer angenommenen Regelstudienzeit von 3,5 Jahren. Die einzelnen Standorte sind jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß ausgelastet: Eine besonders hohe Auslastung verzeichnen die Abteilungen an der Rheinschiene: Mainz I mit 270% (178%)<sup>3)</sup>, Koblenz mit 260% (244%), Bingen mit 256% (197%) und Ludwigshafen mit 204% (153%). Nach Abschluß der begonnenen Rahmenplanvorhaben werden 11.560 flächenbezogene Studienplätze verfügbar sein.<sup>4)</sup>

Die Anmeldesituation des Landes für den Fachhochschulbereich zum 24. Rahmenplan stellt sich wie folgt dar:

---

<sup>3)</sup> In Klammern die Auslastung bezogen auf Studierende in der Regelstudienzeit von 3,5 Jahren.

<sup>4)</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum 24. Rahmenplan für den Hochschulbau 1995-1998, Bd. 3, S. RP 7f., 48.

Rheinland-Pfalz meldet Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 482 Millionen DM neu an. Davon entfallen 277 Millionen DM (57%) auf Vorhaben aus dem Fachhochschulbereich. Daraus ergibt sich für das Land ein Investitionsbedarf von rund 1,2 Milliarden DM mit Jahresraten, die 232 Millionen DM in 1995 betragen und in den Folgejahren zwischen 201 und 219 Millionen DM variieren.<sup>5)</sup>

Zur Unterbringung der Fachhochschuleinrichtungen an den Standorten Zweibrücken, Birkenfeld, Mainz und Worms betreibt das Land die Umnutzung vormaliger Kasernenanlagen im Rahmen eines übergreifenden Konversionsprogramms.

Rheinland-Pfalz ist bestrebt, den Ausbau der Fachhochschule, die derzeit über 51 Fachbereiche verfügt und das gesamte Spektrum der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, des Sozialwesens und der Gestaltung abdeckt, auch fachlich voranzutreiben. In Zweibrücken sollen mit den Schwerpunkten Mittelstandsökonomie und Finanzdienstleistungen innerhalb des Studiengangs Betriebswirtschaftslehre, mit Technischer Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und mit einem Studiengang Mikrosystemtechnik die Chancen zur Erweiterung des Fächerkanons an Fachhochschulen genutzt werden. Am Standort Mainz wurde jüngst ein Studiengang Wirtschaftsrecht eingeführt.

Mit gleicher übergreifender Zielsetzung plant das Land für den neuen Standort im Landkreis Ahrweiler Angebote an den Rändern des bisherigen Fächerspektrums, wobei der Abstimmungsprozeß mit Nordrhein-Westfalen eingeleitet ist:

- Physikalische Technik mit den Vertiefungsrichtungen Medizin-, Laser- und Sensortechnik (350 Studienplätze),

---

<sup>5)</sup> A.a.O., S. RP 14f.

- Technische Betriebswirtschaftslehre mit den Vertiefungsrichtungen Verkehr/Logistik und Informationstechnik (200 Studienplätze),
- Gesundheits-, Sozial- und Freizeitwirtschaft (200 Studienplätze),
- Angewandte Mathematik in den Anwendungsbereichen Wirtschaft, Technik und Informatik (250 Studienplätze).

Der Wissenschaftsrat wird bei Vorliegen der endgültigen Planungen zu diesem Standort und unter Einbeziehung der Planungen Nordrhein-Westfalens für den Rhein-Sieg Kreis eine gesonderte Stellungnahme erarbeiten.

## II. Planungen für die Gründung einer Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld

### II.1. Grundzüge der Ausbauplanung

Mit rund 90.000 Einwohnern zählt der Landkreis Birkenfeld zu den bevölkerungsschwächeren Kreisen in Rheinland-Pfalz. Etwa 40% der Bevölkerung des Landkreises leben im wirtschaftlichen Zentrum Idar-Oberstein, weitere 7% in der Kreisstadt Birkenfeld. Die Mehrzahl der Bevölkerung verteilt sich auf 93 kleinere Gemeinden. Die Region ist nach den Darlegungen des Landes durch erhebliche Strukturschwächen und Arbeitsmarktprobleme für viele bisher bei den Streitkräften und in der Schmuck- und Edelsteinindustrie Beschäftigte gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund bemüht sich das Land um verschiedene Maßnahmen zur regionalen Strukturverbesserung.

Obgleich für die Gründung eines weiteren Standortes der Fachhochschule bildungspolitische Gesichtspunkte, nämlich der weitere Ausbau der Fachhochschule, ihre fachliche Weiterentwicklung und die Fortsetzung der Regionalisierung von Fachhochschulstudienangeboten, ausschlaggebend

sind, erhofft sich das Land von einer Fachhochschuleinrichtung auch eine Signalwirkung für die Ansiedlung von Unternehmen und für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Region. Die Investitionen, die das Land in dem mit der Fachhochschule verbundenen Konversionsprojekt tätigen will, sind aufgrund der Zweckbindung eines Teils der vorgesehenen Mittel im Sinne der regionalen Strukturförderung nur an diesem Standort möglich.

Nach Aussagen des Landes könne die Tragfähigkeit der Region für einen Fachhochschulstandort nur mit besonderen Anstrengungen erreicht werden. Das potentielle Einzugsgebiet für Studieninteressenten konkurriert mit den Rekrutierungsgebieten etablierter Fachhochschuleinrichtungen, die in einem Umkreis von 50 bis 70 km um Birkenfeld herum liegen: Dies betrifft die Abteilungen Trier im Westen, Koblenz im Norden, Bingen im Nordosten, Kaiserslautern im Osten und den neuen Standort Zweibrücken sowie die Hochschule für Wirtschaft und Technik des Saarlandes im Süden. Der Standort Idar-Oberstein in rund 15 km Entfernung zählt mit seinem eingeschränkten Fächerspektrum nicht zu den unmittelbaren Mitbewerbern um Studienanfänger. Aus einer Berechnung der zukünftigen Entwicklung der Zahl der Schulabgänger mit mindestens Fachhochschulreife aus dem Landkreis Birkenfeld und sieben umliegenden Kreisen, die teilweise erheblich in die Einzugsbereiche der genannten Fachhochschulstandorte - insbesondere der Abteilung Trier - hineinragen, ergibt sich, daß in der engeren Region ein Potential von rund 150 Studienanfängern für Birkenfeld möglich erscheint. Aus diesen Berechnungen folgert das Land, daß ein Standort Birkenfeld, um dauerhaft bestehen zu können, sich auf der Grundlage eines besonderen Fächerspektrums und anderer Profilvermerkmale ein überregionales Potential an Studienanfängern erschließen muß; rund die Hälfte der Studienanfängerkapazität soll

von Studieninteressenten genutzt werden, die nicht aus der Region kommen.

Das Land, das zunächst den Aufbau von 1.400 flächenbezogenen Studienplätzen (400 Studienanfänger) am Standort Birkenfeld vorgesehen hatte, hat sich vor diesem Hintergrund im Laufe der Beratungen mit dem Wissenschaftsrat entschlossen, das Ausbauziel auf 1.100 flächenbezogene Studienplätze (315 Studienanfänger) zu reduzieren.

Die fachlichen und studiengangorganisatorischen Besonderheiten des Standortes, die zur überregionalen Attraktivität beitragen sollen, werden im folgenden Kapitel dargestellt. Als weitere Maßnahme sieht das Land vor, den Gründungsausschuß für Birkenfeld, der derzeit ausschließlich aus Mitgliedern der Fachhochschule Rheinland-Pfalz, insbesondere aus der Abteilung Trier besteht, um regionale und überregionale Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden und Politik zu ergänzen und möglicherweise auf Dauer ein ähnlich strukturiertes Fördergremium ins Leben zu rufen. Dadurch soll sichergestellt werden, daß sich die Studienangebote an den konkreten Bedürfnissen der Wirtschaft und der Verwaltung orientieren und überregional ein Interesse des Arbeitsmarktes am Absolventenprofil der Hochschule geweckt wird. Dies ist notwendig, um auch die begrenzten Möglichkeiten der Region für die Bereitstellung von Praktikumsplätzen zu ergänzen.

## II. 2. Studiengangplanungen

### 2.1. Konzeptionelle Besonderheiten

Land und Fachhochschule verfolgen mit ihren Überlegungen zur konzeptionellen Gestaltung des Standortes Birkenfeld vier Hauptziele:

- eine enge Verzahnung zwischen studentischem Leben und Lernen,
- eine gezielte Förderung von Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Befähigung zu interdisziplinärer Zusammenarbeit, Kreativität und Eigenverantwortlichkeit,
- eine enge fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit sowie
- einen verstärkten Praxisbezug der Lehre durch angewandte Forschung und Technologie.

Diese Ziele sollen mit folgenden Mitteln erreicht werden:

- a) Aufbau einer Campus-Hochschule nach amerikanischen Vorbild: Lehre und angewandte Forschung, Wohnen und Freizeitgestaltung von Studierenden und Lehrenden sollen auf dem Hochschulgelände ermöglicht werden. Das dafür erforderliche Umfeld würde maßgeblich durch Aktivitäten aus der Hochschule heraus geschaffen und geprägt.
- b) Vermittlung sozialer Kompetenz als eine besondere Aufgabe gemeinsamer Lehrveranstaltungen und Ringvorlesungen sowie studienbegleitender interdisziplinärer Projektarbeit. Hierdurch sowie durch den modularen Studienaufbau sollen die Fähigkeiten der Studierenden zu problemorientierter, teambezogener und fachübergreifender Arbeit entwickelt werden. Veranstaltungen in Kleingruppen sollen enge Kontakte zwischen Lehrenden und Studierenden sowie innerhalb der Gruppe der Studierenden gewährleisten und nicht zuletzt auch zur Verkürzung der Studienzeiten beitragen.
- c) Das Studienkonzept ist unter strikter Beachtung des in § 7 des Hochschulrahmengesetzes<sup>6)</sup> genannten Stu-

---

<sup>6)</sup> HRG § 7: "Lehre und Studium sollen den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fä-

dienzieles fachübergreifend angelegt. Alle Studiengänge des Standortes Birkenfeld werden von einem gemeinsamen Leitgedanken durchzogen, nämlich dem im Umweltschutz verankerten Stoffkreislauf. Dieser Umweltgedanke soll nicht additiv zu einem klassischen Studiengang hinzugefügt, sondern zum integralen Bestandteil des gesamten Studiengangskonzeptes werden. Dazu ist vorgesehen, sowohl im Grund- als auch im Hauptstudium studiengangsübergreifende Lehrveranstaltungen anzubieten. Darüber hinaus soll eine frühe Einbindung der Studierenden in Industrie- und Forschungsprojekte zur problemorientierten Auseinandersetzung mit der Praxis führen.

- d) Fremdsprachenkenntnisse und Internationalität sollen dadurch besonderes Gewicht erhalten, daß eine Fremdsprache nicht als Umgangs-, sondern als Fachsprache mit Bezug auf den Umweltbereich für alle Studierenden im Grundstudium verpflichtend vorgesehen ist. Die Sprachkompetenz soll durch Ableistung von Praxissemestern oder Studienanteilen im Ausland erhöht und durch international anerkannte Sprachzertifikate bestätigt werden. Doppelabschlüsse mit ausländischen Hochschulen werden angestrebt.
- e) Mit der Einführung von studienbegleitenden Prüfungen und des sogenannten Credit-Point-Systems werden Ziele der Studienreform verfolgt. Beide Maßnahmen sind für die Fachhochschule Rheinland-Pfalz neu. Sie sollen das bisher in Rheinland-Pfalz übliche Blockprüfungssystem ablösen, die Auswahl der Lehrinhalte und Ausbildungsziele flexibilisieren und somit zur Studienzeitverkürzung beitragen. Die Studierenden würden in die Lage versetzt, über das European Course Credit Transfersystem (ECTS) leichter in ausländische Aus-

---

higkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, daß er zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit .... befähigt wird."

bildungssysteme zu wechseln. Birkenfeld soll damit Modellcharakter für andere Fachhochschuleinrichtungen in Rheinland-Pfalz bekommen.

- f) Leistungen der Hochschule auf dem Gebiet anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung sind nach Auffassung des Landes die Voraussetzung, um Studiengänge mit dem Schwerpunkt "Umwelt" an den aktuellen Bedürfnissen der Umweltforschung mit ihren kurzen Innovationszyklen orientieren zu können. Deshalb sollen angewandte Forschung und Entwicklung profilbildend für die Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld werden. Die Attraktivität des Standortes für Lehrende, die durch eigene interdisziplinäre Forschungsleistungen ausgewiesen sein müssen, für Studierende und für Unternehmen der Region und über die Region hinaus, die an Technologietransfer interessiert sind, werde nicht zuletzt von diesem Faktor abhängen. Zur Erreichung dieses Ziels sind 4.000 m<sup>2</sup> Forschungsflächen vorgesehen. Der Standort Birkenfeld bietet für anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung besonders günstige Voraussetzungen, da die Region und das Konversionsprojekt selbst an regionalfördernden Programmen der EU, des Bundes und des Landes partizipieren können. Auch auf kommunaler Ebene wurden bereits 0,8 Millionen DM zur Förderung der Drittmittelfähigkeit in Aussicht gestellt.
- h) Eine Campus-Hochschule mit Unterbringungsmöglichkeiten für Studierende, Lehrende und Gäste in Verbindung mit dem Gewerbepark und unter Nutzung der dort vorhandenen Einrichtungen bietet nach Ansicht des Landes gute Voraussetzungen einerseits für die Durchführung kurzzeitiger Weiterbildungsangebote, andererseits zur Organisation von Präsenzphasen innerhalb von Fernstudiengängen. Die modulare Gestaltung der Studiengänge kann darüber hinaus in Fern- und Weiterbildungsantei-

len zum Einsatz kommen. Eine Konzeption für diesen Bereich wird derzeit erarbeitet.

## 2.2. Studiengänge und Schwerpunkte

Beginnend mit dem Wintersemester 1996/97 sollen am Standort Birkenfeld fünf Studiengänge mit einer Gesamtkapazität von rund 1.100 flächenbezogenen Studienplätzen aufgebaut werden. Ein Stufenplan sieht das Erreichen der vollen Kapazität bis zum Jahr 2001/2002 vor:

Stufenplan zum Aufbau der Fachhochschulabteilung Birkenfeld

Studiengang:	Studienanfänger (Anzahl der Gruppen) 1996/97	Studienanfänger (Anzahl der Gruppen) 1997/98	Studienanfänger (Anzahl der Gruppen) 1998/99	Studien- plätze im Endausbau
Maschinenbau	35 (1)	35 (1)	70 (2)	245
Entsorgungstechnik	35 (1)	35 (1)	70 (2)	245
Umweltplanung	35 (1)	35 (1)	35 (1)	123
Angewandte Informatik	35 (1)	35 (1)	35 (1)	123
Umweltwirtschaft/ -recht/ -verwaltung	35 (1)	105 (3)	105 (3)	368
Summe	175 (5)	245 (7)	315 (9)	1.104

Für alle Studiengänge wurden Hauptfachkataloge und Wahlpflichtkataloge erstellt, aus denen die Studierenden eine bestimmte Anzahl von Semesterwochenstunden auswählen müssen. Auf dieser Grundlage soll für jeden Studierenden nach einer intensiven Studienberatung ein individueller Studienplan festgelegt werden. Dadurch soll erreicht werden, daß die Studierenden das Credit-Point-System sinnvoll zu begrenzten Spezialisierungen nutzen, zugleich jedoch einen vollgültigen und vergleichbaren Studienabschluß erreichen.

Im Grundstudium werden Veranstaltungen für Studierende aller Studiengänge im Umfang von 34 Semesterwochenstunden verpflichtend angeboten. Sie befassen sich thematisch mit den Grundlagen des Umweltschutzes, des Umweltrechts, der Betriebs- und Volkswirtschaft, der Naturwissenschaften und Technik sowie der Mathematik und der Informatik; ferner umfassen sie Fremdsprachen, Umweltpsychologie und -ethik sowie die Anleitung zu selbständigem Arbeiten. Sie schließen außerdem Kommunikativstrategien und Präsentation ein.

Auf Umweltmanagement, ökologische, ökonomische und soziale Aspekte der Energienutzung, Umweltethik sowie interdisziplinäre Projektarbeit als allgemein verpflichtende Veranstaltungen entfallen im Hauptstudium weitere 12 Semesterwochenstunden.

#### a) Studiengang Maschinenbau

Innerhalb dieses Studiengangs mit dem Abschluß eines Diplom-Ingenieurs (FH) sollen zwei Vertiefungsrichtungen angeboten werden:

- Umweltgerechte Konstruktion und Entwicklung;
- Umweltgerechte Produktion.

Die klassische Ausbildung im Maschinenbau soll durch allgemeine Kenntnisse von Mensch-Maschine-Umwelt Zusammenhängen und vom Stoffkreislauf sowie durch Kenntnisse der Systemtheorie und Systemsimulation, der Abfallwirtschaft (Abfallbehandlungsverfahren und Deponietechnik), des rohstofflichen und werkstofflichen Recycling und der Wirksamkeit und Kosten von Abgas-, Abluft- und Abwasserreinigungsanlagen ergänzt werden. Das Land sieht die Einsatzfähigkeit der Absolventen in allen Bereichen des Maschinen-, Geräte- und Apparatebaus sowie im Planungs-, Konstruktions- und Fertigungsbereich, im Management und Verkauf ebenso wie in Umweltbehörden gewährleistet.

Einschließlich der studiengangübergreifenden Lehrveranstaltungen sollen auf das Grundstudium 117 Semesterwochenstunden und auf das Hauptstudium 54 Semesterwochenstunden entfallen.

Mit 38 Semesterwochenstunden wird im Grundstudium die Grundausbildung in Maschinenbau/Mechanik/Konstruktion angesetzt. Spezielle naturwissenschaftliche Grundlagen (7 SWS), Mathematik (8 SWS), Elektro- und Nachrichtentechnik (14 SWS) sowie Kommunikation und Technisches Englisch (6 SWS) sollen die Ausbildung ergänzen. Zehn weitere Semesterwochenstunden werden für Übungen in kleinen Gruppen ohne inhaltliche Spezifizierung vorgesehen.

Die Fachhochschule hat für die beiden Studienschwerpunkte im Hauptstudium spezielle Hauptfachkataloge sowie einen Wahlpflichtfachkatalog erstellt. Aus dem Hauptfachkatalog müssen 12 Semesterwochenstunden belegt werden, aus dem Wahlpflichtfachkatalog weitere 10 Semesterwochenstunden. Für beide Schwerpunkte sind im Hauptstudium Veranstaltungen in den Bereichen Konstruktionslehre/CAD, Kraft- und Arbeitsmaschinen/Maschinendynamik/Getriebelehre, Rege-

lungstechnik, Betriebswirtschaftslehre für Ingenieure sowie Organisationsentwicklung und Projektmanagement vorgesehen.

b) Studiengang Entsorgungstechnik

Dieser Studiengang mit dem Abschluß eines Diplom-Ingenieurs (FH) eröffnet ebenfalls im Hauptstudium die Möglichkeit zwischen zwei Studienschwerpunkten zu wählen:

- Abfallbehandlung;
- Altlastensanierung.

Das Berufsbild des Entsorgungswirtschaftsingenieurs zeichnet sich von Grund auf durch ein stark interdisziplinäres Spektrum aus. Seine Aufgaben im Rahmen entsorgungstechnischer Anlagen und Anlagen zur industriellen Abwasserreinigung umfassen die Entwicklung von Verfahren und Verfahrenskomponenten und sollen vermehrt auf die Steigerung des stofflichen Recycling hinwirken. Dies bedeutet, daß die vorhandenen mechanischen, mechanisch-biologischen, chemisch-physikalischen und thermischen Verfahren zur Behandlung von heterogenen Stoffgemischen in ökologischer aber auch in ökonomischer Hinsicht verbessert werden müssen. Altlastensanierung schließt die technische Erkundung des Sanierungsbedarfs, die Entwicklung von Sanierungskonzepten sowie die Durchführung der Sanierung unter Beachtung spezieller Maßnahmen zum Emissions- und Immissionschutz ein. Die Entsorgungswirtschaft wird in Zukunft auf der Grundlage von neuen Verwaltungsvorschriften zur Abfallentsorgung eine Wachstumsbranche werden. Aus diesem Grund sieht das Land gute Berufschancen für die Absolventen des Studiengangs Entsorgungstechnik bei Betreibern von Abfall- und Abwasserbehandlungsanlagen, bei Ingenieur- und Planungsbüros sowie bei Behörden.

Das Studium soll einschließlich der studiengangübergreifenden Lehrveranstaltungen im Grundstudium 117 Semesterwochenstunden und im Hauptstudium 54 Semesterwochenstunden umfassen.

Auf den Bereichen Technologische Grundlagen (50 SWS) und Naturwissenschaftliche Grundlagen mit Laborübungen (21 SWS) liegt der Schwerpunkt des Grundstudiums, das durch Veranstaltungen Technisches Englisch und durch Übungen in kleinen Gruppen ergänzt wird.

Die Konzeptionen der Grund-Hauptstudien in den beiden Studienschwerpunkten weichen stark voneinander ab und werden durch entsprechende Hauptfachkataloge, die im Umfang von 12 Semesterwochenstunden berücksichtigt werden müssen, und einen Wahlpflichtfachkatalog, aus dem 10 Semesterwochenstunden verpflichtend zur Auswahl stehen, konkretisiert. Das Hauptstudium im Schwerpunkt Abfallbehandlung beinhaltet verstärkt Umweltrecht und Betriebswirtschaftslehre, Regelungstechnik und Prozeßleittechnik. Im Schwerpunkt Altlastensanierung stehen dagegen Geologie und Geohydrologie, chemisch-physikalische Analytik sowie Rechts- und Sicherheitsfragen im Vordergrund.

#### c) Studiengang Umweltplanung

Innerhalb dieses Studiengangs mit dem Abschluß eines Diplom-Ingenieurs (FH) sollen die Studienschwerpunkte

- Ökologische Planung
- Abfallwirtschaft

angeboten werden. Umweltschutz und Umweltvorsorge werden konzeptionell mit wirtschaftlichen Faktoren der Planung sowie der Umweltpolitik und Zukunftsstrategien verknüpft. Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und Kreislaufwirt-

schaft sollen die orientierenden Aspekte des Studiengangs sein, der die zentrale Methode des Öko-Controllings mittels der EU Umwelt-Audits und anderer Umwelt-Audits beinhaltet. Die Abfallwirtschaft beschäftigt sich mit der Entwicklung von Abfallkonzepten, d.h. mit der Deponierung und dem Recycling von Abfällen, und mit deren wirtschaftlicher und öffentlichkeitswirksamer Vermarktung. Das Land leitet aus der von 1995 an gültigen Verpflichtung aller Unternehmen auf die EU Umwelt-Audits einen steigenden Bedarf an technisch-betriebswirtschaftlich ausgebildetem Personal im Bereich des betrieblichen Managements und bei Planungsbüros sowie in entsprechenden Kontroll-Institutionen ab.

Das Studium umfaßt einschließlich der studiengangsübergreifenden Veranstaltungen 113 Semesterwochenstunden bzw. 112 Semesterwochenstunden (Abfallwirtschaft) im Grund- und 56 Semesterwochenstunden im Hauptstudium.

Das Grundstudium, dessen fachspezifische Lehrveranstaltungen zu einem großen Teil mit Lehrveranstaltungen der Studiengänge Entsorgungstechnik, Umweltrecht und Maschinenbau identisch sind, soll den Studierenden einen breiten Kenntnisstand in den Bereichen Grundlagen der Ökologie, Grundlagen der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie des Umweltrechts und des Umweltmanagements vermitteln. Darüber hinaus werden erste Vertiefungsveranstaltungen entsprechend den beiden Schwerpunkten im Umfang von 13 bzw. 14 Semesterwochenstunden vorgesehen.

Die Hauptstudien beider Schwerpunkte sind weitestgehend differenziert und enthalten definierte Wahlpflichtfächer im Umfang von 16 Semesterwochenstunden. Im Schwerpunkt Ökologische Planung sind dies Umweltökonomie, Risk-Management (beide aus dem Studiengang Umweltwirtschaft/Umweltrecht) und Umwelttechnik (aus den Studiengängen Ent-

sorgungstechnik und Maschinenbau), im Schwerpunkt Abfallwirtschaft Abfalltechnik (aus dem Studiengang Entsorgungstechnik) und Umweltmanagement (aus dem Studiengang Umweltwirtschaft/Umweltrecht).

d) Studiengang Angewandte Informatik

Dieser am Themengebiet Umwelt/Umweltschutz ausgerichtete Studiengang mit dem Abschluß eines Diplom-Informatikers (FH) bietet im Hauptstudium die Möglichkeit zur Wahl zwischen den Schwerpunkten

- Umweltstatistik
- Umweltsimulation.

Zentrum des Studiengangs, der ein Bindeglied zwischen den technischen Disziplinen, den betriebswirtschaftlichen Studienschwerpunkten und der Umweltplanung am Standort Birkenfeld bilden soll, ist eine solide, anwendungsbezogene Informatikausbildung mit Schwerpunkt auf der software-technischen Anwendung im Bereich Statistik, Modellbildung und Simulation sowie Datenbank und Informationssysteme. Fertigkeiten auf dem Gebiet der Programmentwicklung (rapid prototyping), von Betriebssystemen, Rechnernetzen, Datenkommunikation und Softwaretechnik runden das Ausbildungskonzept ab. Im Schwerpunkt Umweltstatistik sollen darüber hinaus Kenntnisse von statistischen Methoden der Datenerhebung, Datenanalyse, Umweltepidemiologie, Operations Research sowie der Verfahren automatischer Datenerfassung vermittelt werden. Dagegen rückt der Studienschwerpunkt Umweltsimulation die Modellierung und Simulation biologischer, chemischer und physikalischer Prozesse in der natürlichen Umwelt in den Vordergrund. Dazu gehören auch Kenntnisse in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Grundlagen.

Als Einsatzgebiete der Absolventen dieses Studiengangs kommen Tätigkeiten in Planungsbüros, im Bereich der öffentlichen Verwaltung, in Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie in Verbänden in Betracht. Da die Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Umwelttechnik zu den stärksten Exportnationen zählt erwartet das Land, daß sich die derzeit negative Konjunktur für Absolventen der Informatik besonders auf diesem Gebiet in nächster Zeit wenden und hier ein neuer Stellenmarkt entstehen wird.

Im Grundstudium, das einschließlich der studiengangübergreifenden Veranstaltungen 116 Semesterwochenstunden umfaßt, entfallen 62 Semesterwochenstunden auf die Grundlagenausbildung Informatik. Im Hauptstudium mit insgesamt 56 Semesterwochenstunden sind jeweils 16 Semesterwochenstunden für Angebote aus den Hauptfachkatalogen und 8 Semesterwochenstunden aus dem gemeinsamen Wahlpflichtkatalog zu wählen, wovon 4 Semesterwochenstunden mit Lehrveranstaltungen aus anderen Studiengängen ersetzt werden können. Mögliche Fachgebiete des Wahlpflichtkatalogs sind: Softwaretechnologie und Informationssysteme, Künstliche Intelligenz, Technische Informatik und Architektur von Rechnersystemen sowie Anwendungen der Informatik.

e) Studiengang Umweltwirtschaft, -recht und -verwaltung

Dieser Studiengang, der zum Abschluß eines Diplom-Betriebswirts (FH) führt, bietet im Hauptstudium die Wahl zwischen folgenden Studienschwerpunkten:

- Umweltökonomie,
- Betriebliches Risk-Management sowie
- Umweltverwaltung/Umwelthaftung.

Ziel dieses betriebswirtschaftlichen Studienganges soll eine stärkere Einbeziehung von Umweltbelangen in die Unternehmensplanung vor dem Hintergrund von gesetzlichen Haftungsverschärfungen und im Sinne der umweltökonomischen Gesamtrechnung und von Umwelt-Audits sein. Dazu sind juristische Fachkenntnisse notwendig. Diese spielen besonders in der behördlichen Genehmigungspraxis eine bedeutende Rolle. Potentielle Einsatzgebiete für Absolventen dieses Studienganges ergeben sich nach Ansicht des Landes demnach im Bereich der privaten Wirtschaft (industrielle und gewerbliche Unternehmen, Ingenieurbüros mit Beratungsabteilungen, Unternehmensberatungs- und Versicherungsgesellschaften) auch auf europäischer Ebene und in der öffentlichen Verwaltung.

Das Grundstudium umfaßt einschließlich der studiengangübergreifenden Veranstaltungen 96 Semesterwochenstunden, das Hauptstudium 50 Semesterwochenstunden.

Im Grundstudium sollen die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Umweltökonomie, Betriebliches und kommunales Risk-Management, Versicherungswirtschaft und Allgemeine rechtliche Grundlagen sowie Wirtschaftsenglisch vermittelt werden. Für das Hauptstudium sind neben der Vertiefung und Erweiterung der genannten Bereiche 12 Semesterwochenstunden aus dem gemeinsamen Hauptfachkatalog und 10 Semesterwochenstunden aus dem gemeinsamen Wahlpflichtkatalog vorgesehen. Internationale Elemente aus beiden Katalogen sind Veranstaltungen zum EU-Recht, Sprachenangebote im Französischen, das Waste Management der EU sowie Umweltrechtsvergleichung und ausländisches Umweltrecht.

### II.3. Personelle und räumliche Ausstattung

Das Land Rheinland-Pfalz hat seine ursprünglichen räumlichen und personellen Planungen, die von 1.400 flächenbezogenen Studienplätzen im Endausbau ausgingen und bereits durch Ministerrats- und Landtagsbeschlüsse abgesichert waren, den veränderten Rahmenbedingungen angepaßt. Für den Studienbeginn im Wintersemester 1996/97 mit rund 175 Studienanfängern sollen einschließlich der Stellen im fremdsprachlichen Bereich 10 Professorenstellen, 8 Stellen im unterstützenden Bereich sowie 8 Stellen in der Verwaltung bereitgestellt werden. Hierfür sind 0,75 Millionen DM für sächliche Verwaltungsausgaben und weitere Investitionen außerhalb des HBFG vorgesehen. Im Endausbau sieht der Stellenplan 50 bis 55 Professorenstellen, 30 bis 35 Stellen für den unterstützenden Bereich und 20 bis 25 Stellen in der Verwaltung vor.

Vom 3 km südlich der Kreisstadt Birkenfeld gelegenen Gelände des ehemaligen US Militärhospitals "Neubrücke" (insges. 42 ha) sollen rund 17 ha für die Fachhochschuleinrichtung, 16 ha für ihren Wohn- und Freizeitbereich und 9 ha für ein Gewerbegebiet genutzt werden. Nach derzeitigem Planungsstand sollen von den in bestehenden Gebäuden insgesamt vorhandenen 50.000 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche 18.000 m<sup>2</sup> unmittelbar für Fachhochschulzwecke umgenutzt werden. Auf der Grundlage von 1.100 flächenbezogenen Studienplätzen und der Flächenrichtwerte der Rahmenplanung errechnet sich ein Flächenbedarf von 9.800 m<sup>2</sup> für die Studiengänge. Für Bibliothek, Rechenzentrum und Verwaltung wird vom Land jeweils ein Bedarf von 300 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche und für die Mensa von 1.275 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche zugrunde gelegt. Auf Forschungsflächen sollen weitere 4.000 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche entfallen, so daß das Land insgesamt von einem Flächenbedarf von 15.975 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche ausgeht.

Die für Fachhochschulzwecke geeigneten Gebäude des Hospitals und der Verwaltung stammen im wesentlichen aus den 50er Jahren. Das Land sieht nur diesen Teil des Areals zum Kauf vor, aus dessen Mitte ein weiterer für das studentische Wohnen vorgesehener Komplex von vier Gebäuden ausgespart bleibt. Die Studentenheime - für die 1. Ausbaustufe ist die Bereitstellung von 100 Wohneinheiten vorgesehen - sollen mit Unterstützung durch öffentliche Förderprogramme in privater Trägerschaft fertiggestellt werden.

Das Land geht für die Kostenschätzung davon aus, daß die Umbaukosten 70% der Kosten für einen vergleichbaren Neubau betragen werden. Zugleich setzt es 10% des Flächenbedarfs für die Fächer sowie für die Infrastruktureinrichtungen als Neubaumaßnahme vor, so daß sich rechnerisch zwischen einer vollständigen Neubaulösung und der Konversionslösung ein Kostenvorteil von 20 Millionen DM zugunsten der Unterbringung auf dem Kasernengelände ergibt. Darüber hinaus werden 9,5 Millionen DM für Altlastenentsorgung und 7,0 Millionen DM für Ausgleichsbeträge geltend gemacht. Für den 1. Bauabschnitt liegt eine Haushaltsunterlage-Bau vor, die mit Baukosten in Höhe von 25 Millionen DM abschließt. Für den 2. Bauabschnitt belaufen sich die Schätzungen auf rund 87,7 Millionen DM.

Im 24. Rahmenplan waren bereits 1,5 Millionen DM Planungskosten für beide Bauabschnitte freigegeben worden, während die Anmeldungen zum 1. Bauabschnitt in Höhe von 28 Millionen DM und zum 2. Bauabschnitt in Höhe von 115 Millionen DM in Kategorie P eingestuft wurden. Für den 1. Bauabschnitt will das Land zum 25. Rahmenplan Höherstufung in Kategorie I beantragen. Die für den 2. Bauabschnitt notwendigen Mittel sollen in verringertem Umfang zur Höherstufung in Kategorie II angemeldet werden. Eben-

falls zum 25. Rahmenplan will das Land den Grunderwerb der Teilliegenschaft in Höhe von rund 3 Millionen DM anmelden.

## B. Stellungnahme

### I. Zur Fortschreibung der Ausbauplanungen des Landes Rheinland-Pfalz im Fachhochschulbereich

Das Land Rheinland-Pfalz hat die Grundzüge seiner Ausbauplanungen im Fachhochschulbereich bereits zu den Beratungen mit dem Wissenschaftsrat über die Gründung eines neuen Standortes der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Zweibrücken vorgelegt und sie nunmehr um die Zahl der flächenbezogenen Studienplätze an den vorgesehenen weiteren Standorten Birkenfeld und Remagen/Sinzig erweitert sowie durch Studiengangplanungen zunächst für Birkenfeld konkretisiert. Der Wissenschaftsrat hat sich im Zusammenhang mit der genannten Standortneugründung zustimmend zu den Zielzahlen der Fachhochschulentwicklung geäußert, ohne damit eine Stellungnahme zu den Überlegungen des Landes für die beiden weiteren Neugründungen zu verbinden.<sup>7)</sup> Er begrüßt insbesondere, daß das Land mit seinen Anmeldungen zum 24. Rahmenplan für den Hochschulbau den Fachhochschulen einen Anteil von 57% des gesamten Investitionsvolumens einräumt und damit seinen politischen Willen unterstreicht, diesen Bereich des Hochschulsystems im Sinne der Strukturempfehlungen des Wissenschaftsrates und entsprechend der Nachfrage der Studieninteressenten und des Arbeitsmarktes zu fördern. Das Ziel, für über 40% der Studienanfänger Studienmöglichkeiten an Fachhochschulen bereitzustellen, wird vom Wissenschaftsrat befürwortet.

---

<sup>7)</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den Planungen des Landes Rheinland-Pfalz für die Gründung eines neuen Standortes der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Zweibrücken, Berlin 1994 (Drs. 1646/94), S. 15 f.

## II. Zu den Planungen für die Gründung einer Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld

### 1. Zu den Grundzügen der Ausbauplanung

Zu den grundlegenden Kriterien für die Errichtung einer Fachhochschule gehört nach Auffassung des Wissenschaftsrates die Tragfähigkeit der Region für eine Hochschule mit wenigstens drei unterschiedlichen Studiengängen und einer daraus resultierenden Anzahl von mindestens 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen.<sup>8)</sup> Aus den Unterlagen des Landes zu Birkenfeld geht hervor, daß für diesen Fachhochschulstandort aus der engeren Region nur etwa die Hälfte der Studierenden zu erwarten ist. Der Einzugsbereich von Birkenfeld überschneidet sich mit traditionellen Rekrutierungsgebieten anderer Fachhochschulstandorte, wie z.B. Trier, das nicht zu den am meisten ausgelasteten Abteilungen der Fachhochschule Rheinland-Pfalz gehört. Gleichwohl ist zu erwarten, daß die Bildungsreserve der Region durch diese Neugründung noch besser ausgeschöpft werden kann. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen diese Konkurrenzsituation für die Nachbarstandorte von Birkenfeld - besonders für die Abteilung Trier - haben wird. Der Wissenschaftsrat weist das Land vorsorglich darauf hin, daß dies möglicherweise Auswirkungen auf die Ausbauplanungen für die benachbarten Fachhochschuleinrichtungen haben könnte, zumindest auf die Dringlichkeit ihres Ausbaus. Bei der Aufnahme von Vorhaben zum Rahmenplan wird er die aktuellen Entwicklungen der Studierendenzahlen und ihre Standortverteilung berücksichtigen.

Eine nicht ausreichende regionale Tragfähigkeit einer Fachhochschuleinrichtung kann durch ein überregional rekrutiertes Studentenaufkommen ergänzt werden, so daß eine

---

<sup>8)</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991, S.74.

dauerhafte Grundlage für die Lebensfähigkeit entsteht. Ein Beispiel dafür, daß dies durch ein attraktives Studienangebot gelingen kann, ist die neugegründete Fachhochschule Eberswalde mit ihrem Bereich Forstwissenschaften. Mit einer unverwechselbaren Schwerpunktbildung im Bereich Umwelt und entsprechenden Studiengängen und Angebotsformen bestehen in Birkenfeld gute Voraussetzungen, eine solche überregionale Ausstrahlung zu entfalten. Dies gilt insbesondere für Umweltplanung sowie Umweltwirtschaft, -recht und -verwaltung. Zur weiteren konzeptionellen Lösung dieser Aufgabe teilt der Wissenschaftsrat die Überlegungen des Landes, für den Standort Birkenfeld so bald wie möglich ein eigenständiges Gründungsgremium zu berufen sowie dessen haushaltsmäßige Selbständigkeit zumindest für die Aufbauphase vorzusehen, um damit die Abteilung Trier von der Aufbauaufgabe zu entlasten. Dieses Gremium, das personell mit der Abteilung Trier verzahnt sein soll, sollte zugleich um Vertreter der Wirtschaft erweitert werden, die von außerhalb der Region kommen und verstärkt überregionale Aspekte in die Gestaltung des Ausbildungsprofils einbringen.

Das Land hat in den Beratungen mit dem Wissenschaftsrat sein regionalpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Birkenfeld vorgelegt, wonach auf verfügbaren Gewerbeflächen insbesondere Betriebe mit umwelttechnologischer Ausrichtung im sogenannten Ökopark angesiedelt werden sollen. Zur Förderung dieser Zielsetzung stehen neben Landes- auch Bundes- und EU-Mittel zur Verfügung. In dieses strukturpolitische Gesamtkonzept ist die Fachhochschuleinrichtung als integraler Bestandteil einbezogen; mit dem Kasernengelände sind günstige Voraussetzungen für den Aufbau eines Campus vorhanden. Von ihr sollen im Rahmen dieser Bündelung umweltbezogener Fördermaßnahmen des Landes Signalwirkungen ausgehen. Der Wissenschaftsrat sieht in der Bereitstellung von 0,8 Millionen DM durch die Re-

gion zur Unterstützung der Drittmittelfähigkeit der künftigen Fachhochschule ein Indiz dafür, daß ihr Aufbau bereits in diesem frühen Stadium Unterstützung findet. Hieran können die Gründungsgremien und die erstberufenen Professoren unmittelbar anknüpfen, um ein Netz von Kooperationsbeziehungen mit der Wirtschaft zu knüpfen. Über Praktika und Diplomarbeiten sind weitere Möglichkeiten gegeben, die Akzeptanz zu erhöhen, bevor die ersten Absolventen für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind die Produkte von Firmen im Umweltbereich forschungs- und entwicklungsintensiv, so daß damit gute Voraussetzungen für die Profilierung einer Fachhochschuleinrichtung mit marktgerechten Leistungen im Bereich angewandter Forschung und Entwicklung bestehen. Die Fachhochschuleinrichtung wird die erhofften regionalpolitischen Wirkungen nur dann erreichen können, wenn ihr Aufbau synchron mit der Realisierung des gewerblichen Ansiedlungskonzeptes erfolgt.

## 2. Zu den Studiengangsplanungen

### 2.1. Zu den konzeptionellen Besonderheiten

Im Zentrum der konzeptionellen Besonderheiten, die das Land für den Standort Birkenfeld vorsieht, steht der übergreifende Leitgedanke des Stoffkreislaufes im Umweltschutz, der alle vier Fachbereiche miteinander verbindet. Durch gemeinsame, studiengangsübergreifende Veranstaltungen im Grund- und Hauptstudium wird angestrebt, Grundlagen des Umweltwissens zu vermitteln, eine gemeinsame Kommunikationsbasis herzustellen sowie die Studierenden zu disziplinübergreifendem, problemorientiertem Denken und Handeln anzuleiten. Die Absolventen sollen in die Lage versetzt werden, den Faktor Umwelt nicht nur in "end of the pipe"-Lösungen zu berücksichtigen, sondern Prävention und Schadensvermeidung in ihr berufliches Han-

deln zu integrieren, wie es der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme zur Umweltforschung empfohlen hat.<sup>9)</sup>

Das Profil der Hochschule soll ferner durch eine starke interdisziplinäre und anwendungsbezogene FuE-Tätigkeit in Kooperation mit zukünftigen regionalen Industriepartnern geprägt werden, in die die Studierenden so früh wie möglich einbezogen werden. Mit einem solchen Ansatz greift das Land wesentliche Anliegen des Wissenschaftsrates auf. Gerade auf einem sich wissenschaftlich und industriell so dynamisch entwickelnden Feld wie dem der Umwelt ist es besonders sinnvoll, den intensiven Praxisbezug der Lehre durch angewandte Forschung und Entwicklung zu unterstützen. Der Wissenschaftsrat hat in diesem Zusammenhang bereits bei früherer Gelegenheit Bund und Ländern empfohlen, die Einbeziehung von Fachhochschulen in anwendungsorientierte Verbundprogramme zu verbessern und ihre wissenschaftliche Kooperation mit den stärker die Grundlagenforschung betonenden Universitäten zu fördern. Die Fachhochschulen sollten dazu angemessen an den zentralen FuE-Fördermitteln beteiligt und gezielt ausgewählte Arbeitsgruppen oder Zentren für Umweltforschung an Fachhochschulen unterstützt werden.<sup>10)</sup>

Mit Bezug auf den Standort Birkenfeld empfiehlt er dem Land, von Beginn an die Fachhochschuleinrichtung durch eine entsprechende Ausstattung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben in Kooperation mit Industrie und anderen Hochschulen wahrzunehmen. So sollte sie z.B. in die Förderung des Sonderprogramms "Neue Technologien und Um-

---

<sup>9)</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur Umweltforschung in Deutschland, 2 Bde., Köln 1994.

<sup>10)</sup> A.a.O., Bd. 1, S. 155 f.  
Vgl. ebenso Ders., Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991, S. 102 f.

welt", mit dem Rheinland-Pfalz Forschungsprojekte mit rd. 3,7 Millionen DM und mit zusätzlichen projektgebundenen Stellen unterstützt, aufgenommen werden.<sup>11)</sup>

Als Kooperationspartner der Fachhochschuleinrichtung Birkenfeld bietet sich insbesondere die Universität Trier an, deren Umweltforschung vor allem von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und vom Fachbereich Geographie/Geowissenschaften getragen wird. Hier hat der Umweltbezug auch bereits in starkem Maße Eingang in die Lehre gefunden. Berührungspunkte ergeben sich insbesondere zwischen dem für Birkenfeld vorgesehenen Studiengang Umweltwirtschaft, -recht und -verwaltung und dem Institut sowie dem gleichnamigen Graduiertenkolleg "Umwelt- und Technikrecht" der Universität Trier, das sich u.a. mit Problemen der Umwelthaftung, Produkthaftung und Umweltrechtskompetenzen der EU sowie mit Fragen der Umsetzung von umweltrelevanten EU-Richtlinien in das jeweilige nationale Recht beschäftigt. Auf dem Gebiet der Abfallvermeidung, Abfallwirtschaft und Abfalltechnik sowie im Maschinenbau sollte eine Zusammenarbeit mit der ingenieurwissenschaftlich geprägten Universität Kaiserslautern gefördert werden.<sup>12)</sup>

Das Aufgreifen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Umweltschule und -forschung in den Planungen für die Neugründung einer Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld ist geeignet, in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus neue Impulse zu geben; denn mindestens ebenso wie eine Neugründung ist die Reform vorhandener Studiengänge von hochschulpolitischer Bedeutung. Für diese Aufgaben bietet Birkenfeld die Chance, Modelle zu erproben und sie an

---

<sup>11)</sup> Wissenschaftsrat, Stellungnahme zur Umweltforschung in Deutschland, Bd. 2, Köln 1994, S. 333 f.

<sup>12)</sup> A.a.O, Bd.2, S. 341 ff.

bestehenden Standorten umzusetzen. Für Rheinland-Pfalz gilt dies auch für Reformansätze im Bereich studienbegleitender Prüfungen in Verbindung mit einem Credit-Point-System sowie der angestrebten Erweiterung der fachsprachlichen Fremdsprachenkompetenz.

Das Land betont in seinen Planungen die besonderen Chancen, die die Form einer Campus-Hochschule mit sich bringe. Dazu gehöre neben der engen Verzahnung von Studium, Forschung und Wohnen auch die Nutzung der räumlichen Möglichkeiten im Rahmen der Weiterbildung und für Präsenzphasen von Fernstudiengängen. Der Wissenschaftsrat erkennt diese positiven Aspekte durchaus an, weist jedoch darauf hin, daß die Hochschule, die außerhalb von Birkenfeld in einem Waldgebiet liegt, von der Gefahr einer Ghettobildung bedroht sein könnte, wenn es nicht gelingen sollte, ein geeignetes kulturelles Umfeld zu schaffen. Dieses Umfeld kann nicht allein aus der Hochschule selbst entstehen, sondern muß von geeigneten ergänzenden Maßnahmen des Landes und des Kreises unterstützt werden. Von diesem kulturellen Umfeld hängt nicht zuletzt die Attraktivität der Hochschule für Lehrende und Studierende ab.

In Zusammenhang mit der Umsetzung der Empfehlung zur Einführung eines integrierten Praxissemesters an der Fachhochschule Rheinland-Pfalz hat das Land von Schwierigkeiten berichtet, die auf einen allgemein zu konstatierenden Mangel an Praktikumsplätzen in Rheinland-Pfalz zurückzuführen seien. Dies dürfte wegen der noch weitgehend fehlenden Infrastruktur auch für den Standort Birkenfeld zutreffen, so daß Land und Hochschule empfohlen wird, auch mit Blick auf die angestrebte Fachsprachenkompetenz verstärkt Praktikumsplätze im Ausland zu erschließen. Zudem bietet sich gerade für das Profil in Birkenfeld an, Firmen außerhalb der Region zur Bereitstellung von Praktikumsplätzen zu gewinnen.

## 2.2. Zu den Studiengängen und Studienschwerpunkten

Das Land legt Studiengangsplanungen für alle vier Fachbereiche vor. Ihnen liegen folgende Strukturierungsmerkmale zugrunde:

- fächerübergreifende Veranstaltungen im Grundstudium in einem Umfang von 34 Semesterwochenstunden und im Hauptstudium von 12 Semesterwochenstunden,
- Grundstudien im Umfang von über 110 Semesterwochenstunden in den Studiengängen Maschinenbau, Entsorgungstechnik und Umweltplanung sowie von 96 Stunden im Studiengang Umweltwirtschaft, -recht, -verwaltung, während die Hauptstudien zwischen 50 und 60 Semesterwochenstunden umfassen,
- Tiefengliederung der Angebote innerhalb des Hauptstudiums in einen Pflichtfachkatalog sowie weitgefächerte Hauptfach- bzw. Wahlpflichtkataloge, wodurch Wahlmöglichkeiten im Umfang von 22 Semesterwochenstunden entstehen.

Für den Umweltbereich ist die Auflösung einer allzu starren Fächerstruktur und die Verstärkung problemorientierter, disziplinübergreifender Ansätze in der Lehre ebenso notwendig wie eine Ausbildungsstruktur, die einen für den Arbeitsmarkt notwendigen Rückbezug auf einzelne Fächer vermittelt und damit den Studienangeboten das notwendige differenzierte, klar erkennbare Profil verleiht. Dieser grundsätzlichen Aufgabenstellung bei der Studiengangskonzeption trägt die zeitliche Ausdehnung der fächerübergreifenden Veranstaltungen grundsätzlich Rechnung. Ob sich für die vorgesehenen betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundlagen sowie die naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagen innerhalb dieser fachübergreifenden Veranstaltungen mit Blick auf die einzelnen Studiengänge eine stärkere Differenzierungsnotwendigkeit und

Ausrichtung auf fachspezifische Erfordernisse ergibt, sollten die Gründungsgremien nochmals prüfen. Diese studiengangübergreifenden Lehrveranstaltungen sollten keinesfalls propädeutischen Charakter annehmen. Gerade bei der Ausgestaltung des Sprachenangebots kann es nicht darum gehen, einen allgemeinen sprachlichen Nachholbedarf zu befriedigen, sondern im Vordergrund sollten die fachsprachlichen Anforderungen der Umwelt stehen.

Durch den hohen Anteil von Wahlmöglichkeiten im Hauptstudium entstehen Gefahren für die Profilschärfe der Studienangebote. Um den Eindruck von Beliebigkeit von Anfang an zu vermeiden, sollte das fachliche Profil im Hauptstudium durch Auflösung des Hauptfachkatalogs und die Überführung der Studieninhalte in die jeweiligen Pflichtkataloge der Studiengänge gestärkt werden. Auf dieses Ziel ist auch die Empfehlung gerichtet, die Wahlpflichtkataloge zu reduzieren, die ohnehin kaum mit den zur Verfügung stehenden Professuren angemessen angeboten werden könnten. Darüber hinaus sollte unter dem Gesichtspunkt der Studienorganisation und des Studienortwechsels die Stundenaufteilung zwischen Grund- und Hauptstudium überprüft werden.

Zu den einzelnen Studiengängen gibt der Wissenschaftsrat folgende Empfehlungen:

Im Grundstudium der Studiengänge **Maschinenbau** und **Entsorgungstechnik** sollten relevante Bereiche der Mathematik stärkere Berücksichtigung finden als gegenwärtig vorgesehen. Dies gilt auch für die physikalischen und chemischen Grundlagen, um den Studierenden im Hauptstudium den Zugang sowohl zur maschinenbaulich-apparatetechnischen als auch zur verfahrenstechnischen Ausrichtung zu ermöglichen. Ohne die notwendige fachliche Fundierung wäre die im Sinne der Umweltorientierung grundsätzlich begrüßens-

werte Aufhebung der traditionellen Trennung der Entsorgungstechnik und des Maschinenbaus nicht tragfähig.

Der Studiengang **Umweltplanung** geht über die traditionelle Regionalplanung hinaus und vermeidet einen zu starken Regionalbezug. Am Rande des üblichen Fächerspektrums angesiedelt, stellt das vorgelegte Konzept einen insgesamt sehr überzeugenden Versuch dar, das Fächerspektrum der Fachhochschulen sinnvoll zu erweitern, indem erstmals Umweltschutz und Umweltvorsorge als tragende Elemente des betrieblichen Managements verankert werden sollen. Um das Akzeptanz-Risiko für die Absolventen, das immer mit der Einführung eines neuen Studienangebots verbunden ist, von vornherein zu minimieren, wird eine Konzentration im Hauptstudium empfohlen; es sollte zunächst auf die Einführung von zwei Studienschwerpunkten verzichtet und die individuellen Auswahlmöglichkeiten von Studienbausteinen auf einen der beiden geplanten Schwerpunkte im Sinne einer problemorientierten Vertiefung konzentriert werden. Für eine Vertiefung in "Abfallwirtschaft" wäre die Einbindung von Kostenrechnung und Ablauforganisation in das Pflichtangebot unumgänglich, während bei einer Vertiefung "Ökologische Planung" Aspekte des Marketing und der Öffentlichkeitsarbeit ebenso ergänzt werden müßten wie Methoden der Ökobilanzierung, die für eine wirksame Überwachung der Umwelt-Audits unverzichtbar sind. Außerdem empfiehlt der Wissenschaftsrat zu prüfen, ob dem Profil des Studiengangs nicht der Abschluß eines Wirtschaftsingenieurs angemessener wäre und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt verspräche als der des klassischen Diplom-Ingenieurs.

Für den Studiengang **Angewandte Informatik** plant das Land ebenfalls den Aufbau von zwei Studienschwerpunkten "Umweltstatistik" und "Umweltsimulation". Mit Blick auf die kleine Zahl der Studienanfänger und die Möglichkeiten des

Arbeitsmarktes hält der Wissenschaftsrat eine eindeutige Profilierung des Studiengangs in Richtung software-engineering mit der Möglichkeit einer gewissen thematischen Vertiefung kapazitär und qualitativ für angemessener. Da die Umweltstatistik lediglich ein Anwendungsgebiet der allgemeinen Statistik bildet, sollte auf diesen Begriff als profilbildendes Merkmal gänzlich verzichtet werden. Sowohl die Methoden der Statistik als auch der Umweltsimulation sind in der Studiengangsplanung nicht hinreichend berücksichtigt und sollten zu Lasten der allgemeinen Fächer bereits in das Grundstudium eingeführt werden.

Der Studiengang **Umweltwirtschaft, -recht, -verwaltung** soll nach den Planungen des Landes Vertiefungsmöglichkeiten in Umweltökonomie, Betriebliches risk-management sowie Umweltverwaltung/Umwelthaftung erlauben, die jedoch in der Studiengangsplanung nicht hinreichend ausgewogen Ausdruck finden. Dies gilt insbesondere für "Betriebliches risk-management", das ohne tragfähige Studienangebote in Kostenrechnung und Betriebsmanagement kaum zu einem berufsfeldbezogenen Abschluß führen kann. Darüber hinaus orientiert sich ein solcher Ansatz an "end of the pipe"-Lösungen. Ein Absolvent dieses Studienschwerpunkts in seiner gegenwärtigen Form wäre nach Ansicht des Wissenschaftsrates kein vollgültiger Betriebswirt. Er empfiehlt deshalb dem Land, auf diesen Schwerpunkt zu verzichten, zugleich jedoch die rechtlichen Inhalte dieses geplanten Schwerpunktes im Umfang von 10 Semesterwochenstunden in den Pflichtfachkanon aufzunehmen. Durch eine Konzentration auf die beiden Studienschwerpunkte Umweltökonomie und Umweltverwaltung/Umwelthaftung werden profilierende Akzente im Bereich Wirtschaft und Recht gesetzt. Da die Abschlüsse in beiden Schwerpunkten in Rheinland-Pfalz die des Diplom-Betriebswirtes sind, sollte die rechtliche Grundkomponente der Umweltverwaltung im Abschlußzeugnis eigens vermerkt werden.

Diese Studiengänge bilden ein fachlich interessantes und überregional attraktives Angebot, das nicht nur in Vollzeitform realisiert werden sollte. Der Wissenschaftsrat sieht es vielmehr als eine Aufgabe von Land und Hochschule an, differenzierte Angebotsformen zu entwickeln bis hin zu Fernstudienangeboten, für deren Präsenzphasen eine Campus-Struktur besonders geeignet erscheint. Für den Umweltbereich besteht ein großer Weiterbildungsbedarf; hier sollten Vertreter der Hochschule und der Wirtschaft gemeinsam marktgerechte Angebote entwickeln, mit denen die Hochschule ihre regionale und überregionale Akzeptanz steigern könnte. Da dies zu den Aufgaben des Gründungsgremiums und der noch zu berufenden Professoren gehört, konnte hierzu noch kein konkretes Konzept vorliegen; seine Entwicklung ist jedoch vordringlich.

### 3. Zur räumlichen und personellen Ausstattung

Das Land hat in seine Standortentscheidung neben den räumlichen Möglichkeiten zur Realisierung eines Campus-Konzeptes auch einbezogen, daß auf dem Gelände des ehemaligen US-Hospitals "Neubücke" die Möglichkeit zu einer relativ kostengünstigen Umnutzung der Gebäude für Hochschulzwecke möglich ist. Es errechnet mit Gesamtkosten von 112,7 Millionen DM für beide Bauabschnitte einen Kostenvorteil gegenüber einer vergleichbaren Unterbringung in Neubaumaßnahmen von rund 20 Millionen DM, wobei 70% vergleichbarer Neubaukosten in Rechnung gestellt werden. Der Wissenschaftsrat legt seinem Votum diesen Kostenvorteil zugrunde und erwartet, daß das Land die seinerzeitigen Anmeldungen zum 24. Rahmenplan für den Hochschulbau entsprechend korrigiert.

Der Flächenbedarf für die Lehre ist für den Aufbau von 1.100 flächenbezogenen Studienplätzen angemessen. Zur Unterbringung der Bibliothek dürften jedoch deutlich mehr

als 300 m<sup>2</sup> notwendig sein, wobei für die Konkretisierung der Bibliotheksplanung die Campus-Situation einbezogen werden sollte. Einer grundsätzlichen Überprüfung bedarf die Überlegung zum Aufbau eines Rechenzentrums, zu dem sich ebenso wie zum Bibliothekskonzept der Wissenschaftsrat im Zusammenhang mit den Anmeldungen zum Rahmenplan eine abschließende Stellungnahme vorbehält.

Integraler Bestandteil des regionalen und thematischen Gesamtkonzepts und profilbildendes Merkmal der Hochschule sollen auch nach Auffassung des Wissenschaftsrates besondere Möglichkeiten zur Durchführung von Projekten angewandter Forschung und praxisorientierter Entwicklung sein, an denen Firmen des Ökoparks vorrangig beteiligt sein sollten. Angesichts der geographischen Lage und der Residenzmöglichkeiten für Professoren auf dem Campus ist die stimulierende Rückwirkung solcher Projekte auf die Lehre von großer Bedeutung, um das anspruchsvolle fachliche Konzept auf Dauer flexibel, innovativ und an den aktuellen Erfordernissen der Wirtschaft orientiert zu halten. Gleichwohl ist der Bedarf von 4.000 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche für praxisorientierte Forschung und Entwicklung sowie Technologietransfer nicht hinreichend begründet, zumal für dieses Profilmerkmal ein Gesamtkonzept noch nicht vorliegt. Wie der Wissenschaftsrat bereits in seinen Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren ausgeführt hat, gehört zu einem solchen Gesamtkonzept auch die über den Lehrbedarf hinausgehende Bereitstellung von ausreichenden Sachmittel-, Stunden- sowie Mitarbeiterpools, die auf Antrag nach einer Begutachtung befristet und projektbezogen zur Verfügung gestellt werden sollten; dies gilt auch für Forschungsflächen, die keinesfalls auf Dauer einzelnen Professoren etwa im Sinne von Berufungszusagen zugeordnet werden sollten. Nach der Vorlage eines solchen Gesamtkonzeptes für diesen Bereich, gegebenenfalls im Zusammenhang mit einer entsprechenden

Vorhabenmeldung zum Rahmenplan, wird der Wissenschaftsrat hierzu gesondert Stellung nehmen.

Für die Realisierung des Campus-Konzeptes erwartet er, daß die auf dem Campus vorgesehenen Wohneinheiten für Studierende zeitgleich mit den Ausbaustufen der Hochschule bereitgestellt werden. Da die Region über genügend freien Wohnraum verfügt, müßte das Land Vorsorge für sozialverträgliche Mietpreise treffen.

Die Verfügbarkeit von Wohnraum auf dem Campus bietet zugleich günstige Voraussetzungen, differenzierte Angebotsformen bei Weiterbildung und Fernstudium zu nutzen. Dieser Standortvorteil sollte in dem noch zu erarbeitenden Konzept zur Weiterbildung angemessen Berücksichtigung finden.

Gemessen an der Zahl der flächenbezogenen Studienplätze im geplanten Endausbau des Hochschulstandortes erscheint dem Wissenschaftsrat die Zahl der vorgesehenen Professuren und der Stellen im unterstützenden Bereich für die Lehre grundsätzlich als angemessen.

Diese Einschätzung gilt jedoch nur, wenn die in den einzelnen Studiengängen empfohlenen Reduktionen der Schwerpunkte und Konzentrationen der Wahlpflichtfachkataloge durchgeführt werden. Er bittet das Land, die Personalplanung so flexibel zu gestalten, daß die angestrebte Profilbildung tatsächlich realisiert werden kann.

#### C. Zusammenfassende Stellungnahme

Der Ausbau des Fachhochschulbereichs ist nach Auffassung des Wissenschaftsrates ein vorrangiges bildungspolitisches Anliegen, das das Land Rheinland-Pfalz mit besonderem Nachdruck verfolgt, wie sowohl die Ausbauplanungen

als auch die Schwerpunktsetzungen beim Hochschulbau der vergangenen Jahre dokumentieren.

Für den Standort Birkenfeld der Fachhochschule Rheinland-Pfalz ist mit einem potentiellen Studentenaufkommen aus der Region von etwa der Hälfte der vorgesehenen Studienplatzkapazität zu rechnen. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates ist die Grundkonzeption mit dem übergreifenden Thema Umwelt und den darauf ausgerichteten Studiengängen Maschinenbau, Entsorgungstechnik, Umweltplanung, angewandte Informatik sowie Umweltwirtschaft/-recht/-verwaltung geeignet, der Fachhochschuleinrichtung überregionale Attraktivität bei Studieninteressierten zu eröffnen, so daß die nicht in ausreichendem Maße vorhandene regionale Tragfähigkeit durch die überregionale Rekrutierung von Studierenden auf Dauer gewährleistet werden könnte. Diese Einschätzung wird durch die innovative Gestaltung des Studienangebots unterstützt, die sich insbesondere mit den fachübergreifenden Lehrangeboten im Grundstudium an dem Grundsatz der Interdisziplinarität orientiert. Vor allem mit den Studiengängen Umweltplanung sowie Umweltwirtschaft sind innovative Studienangebote geplant, die insgesamt das Fächerspektrum der Fachhochschulen erweitern und auf andere Fachhochschuleinrichtungen in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus ausstrahlen werden. Verbunden mit einem Credit-Point-System und intensiver Projektarbeit sowie auf den Umweltbereich bezogener Fachsprachenausbildung zeichnet sich insgesamt für Birkenfeld ein Lehrangebot ab, das Modellcharakter besitzt.

Wie es der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme zur Umweltforschung empfohlen hat, soll die Lehre durch angewandte Forschung und Entwicklung unterstützt werden; hierzu steht allerdings ein Gesamtkonzept noch aus, so daß dazu unter Einschluß der Forschungsflächen noch keine abschließende Stellungnahme möglich ist.

Für den Fachhochschulbereich in Deutschland stellt die vorgesehene Campus-Struktur einen interessanten Versuch dar, einen im anglo-amerikanischen Raum bewährten Hochschultyp auch in Deutschland zu erproben. Wohnmöglichkeiten auf dem Campus bieten zudem günstige Voraussetzungen, um unterschiedliche Angebotsformen für grundständige Studiengänge sowie Weiterbildungsprogramme zu entwickeln, die für die regionale Bedeutung einer Fachhochschuleinrichtung von besonderer Bedeutung sind. In diesem Bereich erwartet die Gründungsgremien und die erstberufenen Professoren eine Aufgabe, derer sie sich mit Vorrang widmen sollten.

Die vorhandene Kasernenanlage ist geeignet, das geplante Campus-Konzept räumlich zu realisieren. Allerdings weist der Wissenschaftsrat das Land darauf hin, daß zur Vermeidung einer Ghattobildung besondere Anstrengungen im kulturellen Bereich notwendig sind, die nicht aus der Hochschule allein hervorgehen können. Bei der Eignungsbeurteilung der Kasernenanlage geht der Wissenschaftsrat fest von dem vom Land genannten Kostenvorteil gegenüber einer vergleichbaren Neubaumaßnahme aus und erwartet, daß die seinerzeitigen Anmeldungen zum 24. Rahmenplan entsprechend korrigiert werden.

In Abwägung aller Faktoren kommt der Wissenschaftsrat zu dem Ergebnis, daß die nicht zu leugnenden Standortnachteile für eine Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld durch die attraktiven, teilweise innovativen Studienangebote, die Möglichkeiten zur disziplinübergreifenden Ausgestaltung der Lehre in Verbindung mit unterschiedlichen Angebotsformen ausgeglichen werden; diese Ausrichtung ist geeignet, überregionale Attraktivität zu entfalten. Als ein weiteres Merkmal dieser Fachhochschuleinrichtung werden besondere Möglichkeiten zur praxisorientierten Forschung und Entwicklung im Umweltbereich

angesehen, die das Land von Anfang an schaffen will. Damit sind die inhaltlichen und quantitativen Kriterien des Wissenschaftsrates in vollem Umfange erfüllt. Er empfiehlt deshalb die Gründung einer Fachhochschuleinrichtung in Birkenfeld und begrüßt, daß für ihren Aufbau Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, die aus anderen Programmen in den Fachhochschulbereich geleitet werden.